Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Pressemitteilung Nr. 29
14. Juli 2014

PRESSEMITTEILUNG

Soziale Pflegeversicherung

Reformvorhaben führen nicht zum Ziel

Die Regierung will die Beiträge zur Sozialen Pflegepflichtversicherung erhöhen, ihre Leistungen ausweiten und einen Pflegevorsorgefonds einrichten. Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sind diese Pläne allerdings nicht geeignet, die Pflegeversicherung zukunftsfähig und generationengerechter zu machen. Das IW Köln rät stattdessen dazu, einen Teil der Versicherung künftig kapitalgedeckt zu finanzieren.

Laut IW-Berechnungen wird die Zahl der Pflegefälle in Deutschland in einem pessimistischen Szenario bis 2050 von heute 2,5 auf 4,2 Millionen steigen. Im optimistischen Szenario ist immer noch mit 1 Million Pflegefällen zusätzlich zu rechnen. Selbst wenn die Pflegekosten für jeden einzelnen Betroffenen nicht steigen, klettern die Ausgaben der Sozialen Pflegeversicherung allein aufgrund der Bevölkerungsalterung bis zum Jahr 2050 je nach Szenario auf 37,9 respektive 33,7 Milliarden Euro. Heute sind es lediglich 21,9 Milliarden Euro.

Der geplante Vorsorge-Fonds, mit dem Geld für die Zukunft angespart und gewinnbringend angelegt werden soll, wäre laut IW-Berechnungen kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem ist nicht absehbar, ob eine künftige Regierung den Fonds nicht doch zweckentfremdet – wie aktuell die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung. Die geplante Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung in zwei Schritten auf 2,55 Prozent vermag die Finanzierungslücke nicht zu schließen. Im Jahr 2050 betrüge sie 11,5 bis 15,7 Milliarden Euro – trotz Beitragssatzerhöhung.

Deshalb empfehlen die IW-Wissenschaftler einen anderen Weg: Die stationäre Pflege, die meist erst am Lebensende nötig wird, soll nicht länger durch die umlagefinanzierte Pflegeversicherung abgedeckt werden, sondern über eine neue, kapitalgedeckte Alternative. Dann würde jede Generation selbst für ihr Pflegerisiko vorsorgen. IW-Direktor Professor Michael Hüther: "Mit diesem Vorschlag würde der Automatismus, Finanzierungslasten einfach immer weiter auf nachfolgende Generationen zu verschieben, zumindest zum Teil durchbrochen. Ein erster Schritt hin zu mehr Generationengerechtigkeit."

Ansprechpartnerin im IW: **Dr. Susanna Kochskämper, Telefon: 0221 4981-887**

Auf der Website des IW Köln gibt es eine interaktive Grafik zu den Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssalden der Sozialen Pflegeversicherung.

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln / Postfach 10 19 42 / 50459 Köln / Konrad-Adenauer-Ufer 21 / 50668 Köln
Verantwortlich für den Inhalt: Jork Herrmann / Telefon 0221 4981-527 / herrmann@iwkoeln.de / www.iwkoeln.de

ISSN 0344-919X G 4120

iwd

Ausgabe 29
17. 7. 2014
40. Jahrgang

iw-dienst Informationen aus dem
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
www.iwkoeln.de

Kurzsichtige Pflegeschusterei

Sozialpolitik. Die Bundesregierung will übermäßige Beitragssteigerungen in der Pflegeversicherung mithilfe eines Vorsorgefonds abfedern. Doch wenn die Kostenlawine so richtig ins Rollen kommt, wird dessen Kapital bereits aufgezehrt sein – und der Pflegekasse drohen Milliardenlöcher.

Damit die Pflege langfristig gesichert werden kann, muss mehr Geld ins System, sagt die Bundesregierung und installiert dazu einen Pflegevorsorgefonds. Wenn der Beitragssatz 2015 von 2,05 auf 2,35 Prozent steigt, sollen 0,1 Prozentpunkte davon über 20 Jahre angespart werden. Ab 2035 soll das angesammelte Kapital dann 20 Jahre lang zurück in die Pflegekasse fließen und Beitragssatzsteigerungen in Grenzen halten. Das sieht nach weitsichtiger Planung aus, ist es aber nicht. Wie eine Simulation des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt, klaffen Einnahmen und Ausgaben der Pflegeversicherung schon ab 2030 weit auseinander. Die Details:

- **Demografie.** Auch wenn 2030 oder 2050 noch weit weg zu sein scheinen – die demografischen Prognosen für diese Zeiträume sind ziemlich treffsicher. Die deutsche Geburtenrate liegt seit Jahrzehnten bei 1,4 Kindern pro Frau. Und weil sich daran kaum etwas ändern dürfte, können Statistiker schon heute gut abschätzen, wie viele Ältere – und potenzielle Pflegefälle – es in den kommenden Jahrzehnten geben wird.

Laut Statistischem Bundesamt wird in Deutschland die Generation 65plus bis 2020 um gut 1 Million auf dann 18 Millionen Menschen steigen. Danach wechseln die ersten Babyboomer in den Ruhestand, womit bis 2030 noch einmal 4 Millionen Ältere hinzukommen. Im Jahr 2050 schließlich werden 23 Millionen Menschen mindestens 65 Jahre alt sein – das sind 33 Prozent der dann 69 Millionen Bundesbürger.

- **Steigende Pflegefallzahlen.** Das IW Köln hat zunächst geschaut, →

Mehr Pflegefälle

Im Jahr 2011 gab es in Deutschland rund 2,5 Millionen Pflegefälle. Je nach Szenario wird sich die Fallzahl wie folgt entwickeln, in Millionen

	Szenario 1 Dauer der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmender Lebenserwartung, Pflegefallrisiko bleibt konstant	Szenario 2 Dauer der Pflegebedürftigkeit bleibt konstant, Pflegefallrisiko verschiebt sich mit zunehmender Lebenserwartung in höhere Altersklassen	Szenario 3 Dauer der Pflegebedürftigkeit sinkt, Pflegefallrisiko verschiebt sich mit zunehmender Lebenserwartung in höhere Altersklassen
2020	2,7	2,7	2,6
2030	3,2	3,0	2,9
2040	3,6	3,4	3,2
2050	4,2	3,8	3,5
2060	4,2	3,7	3,5

Pflegefälle: IW-Prognose auf Basis der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung durch das Statistische Bundesamt; Pflegefallrisiko: das Risiko, mindestens unter die Pflegestufe 1 zu fallen
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 29

→ wie sich die Veränderung der Bevölkerungszahl auf die Ausgaben und Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung auswirkt. Klar ist: Weil die Babyboomer in den nächsten Jahrzehnten in das Alter kommen, in denen das Pflegefallrisiko deutlich steigt, muss mit mehr Pflegefällen gerechnet werden.

Um wie viel die Zahl exakt steigt, ist schwer zu beziffern. Denn es kann ja sein, dass die Menschen künftig gesünder sind als heute, sodass ihr Pflegefallrisiko sinkt. Wenn sie aber länger pflegebedürftig sind, hat die Pflegeversicherung ein Problem. Das IW Köln hat daher drei Szenarien entworfen, die sich – bei generell steigender Lebenserwartung – in der Dauer der Pflege sowie in dem Risiko, zum Pflegefall zu werden, unterscheiden. Eines haben alle drei Szenarien gemeinsam: Es wird – unterschiedlich ausgeprägt – mehr Pflegefälle geben (Grafik Seite 1):

Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von heute 2,5 Millionen auf 2,9 bis 3,2 Millionen im Jahr 2030 steigen. Im Jahr 2050 ist mit bis zu 4,2 Millionen Pflegefällen zu rechnen.

- **Höhere Ausgaben.** Mehr Pflegefälle bedeuten – bei unveränderten Leistungsansprüchen – auch mehr Ausgaben der Pflegeversicherung. Mit der Bevölkerung, die im Jahr 2030 zu erwarten ist, drohen – bei konstanten Pflegekosten – die jährlichen Ausgaben von derzeit knapp 22 Milliarden Euro auf bis zu 28,5 Milliarden Euro zu steigen. Im Jahr 2050 entstünden unter heutigen Bedingungen sogar Ausgaben von bis zu 38 Milliarden Euro – gegenüber dem Status quo wäre das ein Anstieg von mehr als 70 Prozent.

Diese Entwicklung ist allein der Bevölkerungsalterung geschuldet. Denn die IW-Berechnung lässt etwaige Kostensteigerungen, zum Beispiel durch höhere Entgelte für das knapper werdende Pflegepersonal, außen vor. Eingepreist sind lediglich die Vorgaben der Pflegereform.

- **Wachsende Finanzierungslücke.** Der demografische Wandel schlägt sich auch auf der Einnahmenseite nieder. Zum einen wird es weniger Beitragszahler geben als heute, zum anderen ist das beitragspflichtige Einkommen der Ruheständler – die ja auch in die Pflegekasse einzahlen – im Schnitt nur halb so hoch wie das der Erwerbstätigen.

Die Gewichte zwischen Jung und Alt verschieben sich also dramatisch. Bei unveränderten durchschnittlichen Erwerbs- und Alterseinkommen werden die Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung zunächst zwar noch bis 2020 steigen. Allerdings ist dieser Zuwachs ausschließlich auf die von der Bundesregierung angekündigte Beitragssatzerhöhung um 0,5 Prozentpunkte zurückzuführen. Ab 2020 gehen die Einnahmen dann Jahr für Jahr zurück – und werden 2050 etwa so hoch ausfallen wie heute.

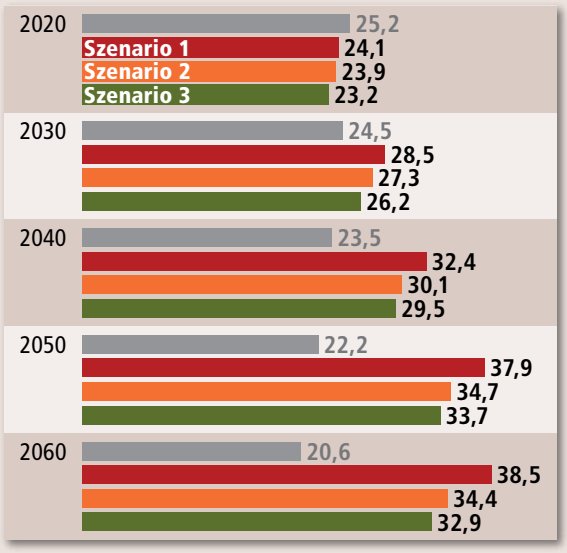
Weil zwischenzeitlich aber die Ausgaben – in allen Szenarien – spürbar steigen, droht der Pflegeversicherung allein demografiebedingt eine milliardenschwere Finanzierungslücke (Grafik):

Die Finanzierungslücke wird 2030 zwischen 1,7 und 4 Milliarden Euro betragen. Im Jahr 2050 werden bis zu 16 Milliarden Euro fehlen.

- **Eine nachhaltige Vorsorge** gelingt nur durch den Umstieg auf eine dauerhafte Kapitaldeckung – zum Beispiel für einen Teil der stationären Pflegekosten. Weil diese meist erst in der letzten Lebensphase anfallen, hätten auch die geburtenstarken Jahrgänge noch genügend Zeit, wenigstens teilweise für ihr Pflegerisiko vorzusorgen. Von dieser Lösung ist die Bundesregierung aber weit entfernt. Im Gegenteil: Die angekündigten Leistungsausweitungen verschärfen das Problem noch – und werden bereits ab 2015 zu höheren Beitragssätzen führen.

Pflegeversicherung in der Demografie-Klemme

Im Jahr 2011 verursachten die 2,5 Millionen Pflegefälle in Deutschland Ausgaben von 21,9 Milliarden Euro. Gleichzeitig hatte die Pflegeversicherung Beitragseinnahmen von 22,2 Milliarden Euro. Je nach Szenario entwickeln sich Einnahmen und Ausgaben wie folgt, in Milliarden Euro



IW-Simulation auf Basis der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung durch das Statistische Bundesamt; der Beitragssatz zur Pflegeversicherung soll ab 2020 laut Bundesregierung 2,55 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens betragen
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 29